

# «Hoffentlich sehen wir die Sterne wieder»

Grüne und GLP-Politikerinnen wollen weniger Licht im nächtlichen Zürich – in Treppenhäusern und Unterführungen soll es dunkler werden

DOROTHEE VÖGELI

Die Lichtverschmutzung nimmt weltweit zu – auch in der Stadt Zürich. Und dies trotz dem sogenannten Plan Lumière, wie sich das 2004 eingeführte Beleuchtungskonzept nennt. Die damit einhergehende Inszenierung der nächtlichen Stadt hat nicht bloss ästhetische Gründe. Sie hat vor allem die Reduktion des Energieverbrauchs und der Lichtemissionen zum Ziel. Zürich war die erste Stadt, die hierzulande das Problem der Lichtverschmutzung anging.

Die schädlichen Auswirkungen des nächtlichen Lichtermeers auf Menschen, Tiere und Pflanzen sind schweizweit ein Thema geworden. Inzwischen ist bekannt, dass die künstliche Beleuchtung den biologischen Tag-Nacht-Rhythmus massgeblich stört und die Biodiversität beeinflusst, weil lichtempfindliche Arten unter Druck geraten. Seit 2013 gilt deshalb die SIA-Norm 491.

Diese verlangt, dass in der Nacht nur sicherheitsrelevante Objekte beleuchtet werden, und zwar von oben nach unten. Zudem wurden die Beleuchtungsstärken reduziert und Bewegungsmelder zur Norm erhoben. Die kantonale Baudirektion hat schon länger ein Monitoring der Lichtemissionen etabliert und stellt den Gemeinden auf einem Merkblatt konkrete Massnahmen zur Eindämmung der nächtlichen Beleuchtung zur Verfügung.

## «Wie zu viel Lärm»

Aus Sicht der Zürcher Stadtparlamentarierinnen Gabriele Kisker (gp.) und Ann-Catherine Nabholz (glp.) braucht es jedoch zusätzliche Anstrengungen. Sie haben deshalb am Mittwoch ein Vorstosspaket zur Verringerung der Lichtemissionen eingereicht. Hinsichtlich der Energieeinsparung belege Zürich im Vergleich zu anderen Schweizer Städten mit einem Lichtkonzept zwar einen Spitzenplatz, bei den Lichtemissionen nehme man jedoch weit abgeschlagen die Schlussposition ein, halten die beiden Parlamentarierinnen fest.

Um die Lichtemissionen von Schaufenstern, Treppenhäusern und privaten Aussenleuchten zu verringern, wollen sie nun den Plan Lumière mit «Richtnormen» ergänzen. Auch die Eindäm-



Der mittelalterliche Stadtteil Schipfe ist nachts illuminiert.

CYRIL ZINGARO / KEYSTONE

mung der Strassenbeleuchtungen gehört zum Forderungskatalog. Weshalb aber reichen sie gerade jetzt ein ganzes Vorstosspaket ein? Die jüngsten Zahlen des Vereins Dark-Sky Switzerland zur starken Lichtverschmutzung in der Stadt Zürich habe den Anstoss gegeben, sagt Gabriele Kisker. Und da es sinnvoll sei, das Thema im Rahmen der Raumplanung einzubringen, sei der Moment günstig: Momentan wird der kommunale Richtplan überarbeitet, der Plan Lumière gehört dazu.

Laut Kisker hat die «Untätigkeit» in Sachen Lichtverschmutzung vor allem mit Unwissen zu tun: «Zu viel Licht ist wie zu viel Lärm. Im Unterschied zum Lärm fehlt aber beim Licht das Wissen über verschiedene Abstufungen.» Deshalb brauche es nun eine Sensibilisierung, aber auch Rahmenbedingungen

und Reglemente, um Beleuchtungsdauern einzugrenzen und Licht einzudämmen. Gerade für Hausbesitzer könnte aus ihrer Sicht interessant sein, mehr über das Thema Lichtqualität zu wissen. Es brauche allenfalls eine Beratung, aber letztlich sei ein energiesparender Einsatz kostengünstiger.

Aus Sicht von Albert Leiser, FDP-Gemeinderat und Direktor der Hauseigentümerverbände von Stadt und Kanton Zürich, rennt Kisker mit ihren Vorstössen offene Türen ein: «Die Hauseigentümer rüsten schon lange um. Sie setzen auf LED-Lampen mit Bewegungsmeldern und Zeitschaltuhren. Auch Hauseigentümer sind an geringen Stromkosten interessiert.» Zudem würden die Wirtschaftsverbände Hauseigentümer wie KMU für den sinnvollen Einsatz von LED bestens instru-

ieren. «Es braucht Kiskers Vorstösse nicht.»

Das geforderte Dimmen der Strassenbeleuchtung ist ein besonders heisses Eisen. Kisker betont denn auch: «Die Sicherheit gilt es natürlich zu gewährleisten.» Allerdings brauche es im Dunkeln nicht dieselbe Lichtqualität wie am Tag. «Starkes Licht blendet und schafft eine Scheinsicherheit. Schwächeres Licht schafft nachts eine bessere Sichtbarkeit», sagt die 59-jährige Architektin, und sie erwähnt hell ausgeleuchtete Unterführungen, die verbergen, was am Ende des Tunnels kommt, weil sich das Auge nicht an den Wechsel vom Hell ins Dunkel gewöhnen kann.

Leiser schüttelt den Kopf: «Ich gehe ab und zu durch eine Unterführung und fühlte mich noch nie geblendet, wenn ich hinauskam», sagt er. Seines Erach-

tens müssen Unterführungen vollständig ausgeleuchtet sein. Bereits vor 15 Jahren sei man in der Stadt zum Schluss gekommen, dass weniger Licht die Unsicherheitsgefühle erhöhe und das Dimmen gerade für ältere Menschen gefährlich sei, weil sie zum Beispiel Schwellen übersehen könnten.

## Lichtpolizei nicht geplant

Mit einer LED-Lampe, die mit weniger Energie eine grössere Fläche ausleuchte, könne er auf alle Fälle leben, sagt Leiser. Die Wirtschaft ermögliche das ja bereits, dafür brauche es die Politik nicht. Seine These: «Die Wirtschaft ist der Politik einen Schritt voraus.» In diesem Punkt ist Lukas Schuler, Präsident des Vereins Dark-Sky Switzerland, mit Leiser einig. Das ist aber seines Erachtens zugleich ein Teil des Problems. Natürlich gebe es Lösungen für alle technischen Probleme, und zweifellos sei es sinnvoll, die Angebote zu nutzen, sagt Schuler. Aber: «Wegen des grossen Fortschritts können wir heute mit viel weniger Energie mehr Licht produzieren.»

Deshalb ist es seines Erachtens nötig, den Lichtstrom auf ein vernünftiges Mass hinunterzufahren. Als Beispiel nennt Schuler Treppenhäuser, in denen hochleistungsfähige statt traditionelle Lampen installiert werden. «Mit der Hälfte der Energie verdreifacht sich die Helligkeit. Das ist völlig übertrieben, so viel Licht brauchen wir gar nicht.» Damit erklärt Schuler auch das Phänomen, weshalb die mit dem Plan Lumière erreichte Energieeinsparung nicht zwangsläufig weniger Lichtemissionen erzeugt.

Welche Konsequenzen hätte das Nichteinhalten der geforderten «Richtnormen»? Bestimmt keine Bussen, sagt Gabriele Kisker. Die Richtwerte seien als Information gedacht. «Wir streben keine Auflagen, sondern einen blossen Rahmen an, um sinnvolle Instrumente einzusetzen. Wir brauchen keine Lichtpolizei.» Langfristig hofft sie, «dass wir auch in der Stadt wieder Sterne sehen». Dieses Ziel ist ambitiös: Seit drei Jahren ringt der Bund um ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung der Lichtverschmutzung. Doch die Flut der Einwendungen ist enorm. Albert Leiser erstaunt das nicht.